Nummer 161 Halle, Sonntag, den 12. Juli 1925 80. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus, neue Promenade 1a u. Ecke Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Bayerische Städtetag hat den schärfsten Einspruch gegen die geplante Unterstellung der Gemeinden unter die ständige Finanzkontrolle des Reiches erhoben.

*

In einer Sitzung der streikenden Bauarbeiter Berlins teilte der Vorsitzende des Lohnkampfkomitees mit, daß am Sonntag Besprechungen von Delegierten der Bauarbeitnehmer aus ganz Deutschland in Berlin stattfinden. Es sei Aufgabe der Streikleitung, den Bauarbeiterstreik auf das ganze Reich auszudehnen. In Berlin streiken rund 22 000 Bauarbeiter.

*

Albert Broschek, der Herausgeber des „Hamburger Fremdenblatts", eine hervorragende Persönlichkeit im deutschen Zeitungswesen, ist in Königsberg i. Pr., wo er sich anläßlich von Vorstandsberatungen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger aufhielt, unerwartet im 69. Lebensjahre an Herzschlag gestorben.

*

Sozialdemokraten und Kommunisten haben im Reichstag Interpellationen an die Regierung eingebracht wegen des Ausbleibens der angekündigten Amnestie.

*

Sozialdemokraten und Demokraten haben Fraktionssitzungen abgehalten. Wir erfahren zuverlässig, daß in beiden Sitzungen beschlossen worden ist, unbedingt auf eingehende Beratungen aller Einzeltarife der neuen Zollvorlage im Reichstag zu bestehen.

*

Der Rückfluß der nach dem neuen Bankgesetz wertlos gewordenen Banknoten ist in überraschend großem Umfange erfolgt, so daß sich jetzt nur noch ein geringer Restbetrag im Publikum befindet, der sich zwischen ½ und 1 vom Tausend der Gesamtausgabe halten dürfte. Damit kann die Beseitigung des alten Marknotenumlaufs als erledigt gelten.

*

Die Industrie- und Handelskammer Köln richtete an den Reichskanzler eine Eingabe, in der sie unter Hinweis auf die immer größer werdenden Zahlungsschwierigkeiten, Betriebseinschränkungen und Stillegungen bittet, daß der Reichskanzler mit der ihm eigenen Tatkraft eingreift, um diese Lasten und Hemmungen zu beseitigen oder doch nach Möglichkeit zu erleichtern. Gleichzeitig wird in der Eingabe der Wunsch nach möglichst schleuniger Verabschiedung der dem Reichstag vorliegenden Steuergesetze und nach größter Sparsamkeit auf der Ausgabenseite des Reiches der Länder und Gemeinden ausgesprochen, vor einer Ueberspannung der sozialen Lasten gewarnt und erklärt, in der Aufwertungsfrage stelle die jetzige Vorlage das Aeußerste dar, was noch von der Wirtschaft geleistet werden könne.

*

Im Prozeß gegen Bozenhard und Genossen vor dem Staatsgerichtshof beantragte der Anklagevertreter gegen Bozenhard und Lamp je 5 Jahre Zuchthaus und 500 M. Geldstrafe, gegen Bötzel und Harder je 3 Jahre Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe, gegen Förstner 2½ Jahre Zuchthaus und gegen die anderen Angeklagten Gefängnisstrafen von 1 Jahr 9 Monaten bis zu 6 Monaten.

*

Das Reichskabinett trat Freitag abend zusammen, um den von dem Auswärtigen Amt ausgearbeiteten Entwurf der deutschen Antwort auf die Sicherheitsnote Briands zu beraten.

*

„Evening Times" melden aus Paris, daß der Botschafterrat sich mit einem Nachtrag zu der Entwaffnungsnote an Deutschland befaßt, die den deutschen Schiffbau betreffen wird. In seinen beiden bisherigen Sitzungen über diese Materie sei es noch nicht zur Formulierung der Note an Deutschland gekommen.

*

„Daily Mail" zufolge haben die Vertreter von 360 000 englischen Bergarbeitern Donnerstag abend dem Ultimatum mit Generalstreikandrohung bis 28. Juli zugestimmt.

*

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen sind gegenwärtig bei der Beratung der beiderseitigen Hauptforderungen angelangt. Die Absetze des Vorsitzenden der deutschen Delegation, v. Körner, ist lediglich aus Gesundheitsrücksichten erfolgt und die Verhandlungen werden nun durch den Botschafter in Moskau Grafen Rantzau weiter geführt.

*

Die Reichsregierung hat beschlossen, keine Aberufung der deutschen Handelsvertragsdelegation für Polen auszusprechen. Auch die polnischen Delegierten sind offiziell bis jetzt nicht zurückberufen worden. Eine Wiederanknüpfung direkter Besprechungen zwischen Deutschland und Polen ist deshalb immer noch möglich.

Die Aufwertung vor dem Reichstag

Berlin, 10. Juli.

Man ist noch vom Tage zuvor erregt, die Frage des Uniformverbots steht auch zunächst auf der Tagesordnung, wird aber abgesetzt, da Regierung und Parteien der Ansicht sind, daß vor allem die Aufwertung unter Dach und Fach zu bringen sei. Das Schicksal des Gesetzes ist nach den ersten drei Reden vollkommen klar: es wird mit den im letzten Kompromiß erreichten Verbesserungen angenommen werden. Der Sozialdemokrat Keil spricht weniger über die Aufwertung selbst, als über die Rolle der einzelnen Parteien. Er bringt verschiedene Wahlaufrufe aus dem November vorigen Jahres zur Verlesung, wonach einzelne deutschnationale Kandidaten für die Bestsche Individuallösung einzutreten versprochen hatten. Hergt (D.N.V.P.) gibt in seiner Antwort an die Sozialdemokratie deutlich zu verstehen, daß ohne seine und seiner Freunde Arbeit aus der Aufwertung überhaupt nichts geworden wäre; daß sie

zehn Prozent mehr erreicht

hätten, als die Regierung ursprünglich zubilligen wollte; und daß die unübersteigbare Grenze eben dort liege, wo die Regierung nicht mehr weiter könne. Der dritte Redner, der Zentrumsmann Schetter, hält auch die individuelle Methode Bests für die einzige, die der Gerechtigkeit Genüge leistet, aber leider sei sie staats- und finanzpolitisch undurchführbar. Wollte man Hypotheken und Obligationen auch nur zur Hälfte wieder herstellen, so hätte die Wirtschaft bei fünfprozentiger Verzinsung jährlich 3½ Milliarden Zinsen dafür aufzubringen. Das sei unmöglich. Unser Vorkriegsvermögen ist auf weniger als die Hälfte heruntergegangen, unser Einkommen pro Kopf und Jahr von 600 auf 385 Mark durchschnittlich, während die Steuerlast von 85 auf 135 Mark gestiegen sei. Die jetzt vorgeschlagene Aufwertung empfinde man als unbefriedigend, aber mehr sei nicht zu erreichen, auch nicht durch andere Methoden. Esbg. Dr. Wunderlich (D.V.P.) führt aus: Mit der Nichtstheorie allein komme man in dieser Frage nicht vorwärts, man müsse sich an die praktischen Möglichkeiten halten. Die Aufwertung sei die

Ueberleitung von der zusammengebrochenen alten zur neuen Währung.

Der Bestsche Entwurf sei praktisch undurchführbar, das Kompromiß sei die einzig mögliche Lösung.

Ein Angriff auf die Regierung und die Abwehr.

Im weiteren Verlauf der Debatte führte der Abgeordnete Dr. Best u. a. aus: Der Urheber der dritten Steuernotverordnung, der Vernichter des deutschen Rechtes, sitzt auf dem Stuhle des Gründers des Deutschen Reiches. Ich halte ihn für einen ausgezeichneten Sachwalter des Großkapitals (sehr richtig! links), das von den Grundsätzen des ehrbaren Kaufmanns abgerückt ist. (Sehr richtig! links, Widerspruch rechts). Die Regierung irrt, wenn sie glaubt, daß mit ihrer Vorlage die Ruhe im Volke wiederhergestellt werde: der Kampf wird erst beginnen, wenn diese Vorlage Gesetz wird. Der Kampf wird anbauern, bis das Recht endlich zum Siege kommt. (Beifall links und bei den Völkischen). Reichsjustizminister Dr. Frenken erwiderte: Ich muß auf das tiefste bedauern, daß ein Mann, der gleich mit einen der höchsten Posten im deutschen Rechtsleben eingenommen hat, sich zu so maßlosen Ausdrücken und schweren Beleidigungen des Leiters des Deutschen Reiches, des Herrn Reichskanzlers hat hinreißen lassen. (Unruhe.) Er hat von dem Herren Reichskanzler gesagt: „Der Vernichter des deutschen Rechts sitzt auf dem Stuhl des Gründers des Deutschen Reiches." Er hat ihn „Sachwalter des Großkapitals" genannt. (Sehr richtig! links, Widerspruch rechts.) Er hat dem Reichskanzler Moral und Gerechtigkeitsgefühl abgesprochen. Man kann über die Sache denken, wie man will; derartige Beleidigungen sind aber unerhört. (Lebhafter Beifall rechts.) Nachdem noch der Abg. Korsch (Kom.) gesprochen hatte, war die Aussprache beendet. Nach persönlichen Bemerkungen vertagte sich das Haus gegen 11½ Uhr auf Sonnabend.

*

Es ist selbstverständlich, daß in einer solchen Frage, die Millionen Deutscher aufs tiefste berührt, die Redner sämtlicher Parteien sich ausführlich äußern. Aber sie alle, die nach den ersten drei Rednern noch zu Wort kommen, können das Bild nicht mehr verändern, das klar vor uns liegt. Dank unermüdlicher Arbeit, namentlich der Rechten, ist ein beschiedener Teil der durch den Markverfall entwerteten Forderungen nun endgültig gerettet. Die nächsten Tage der Debatte bis zur Abstimmung der dritten Lesung einschließlich haben nur noch formale Bedeutung.

In der Berliner Sowjetgesandtschaft finden seit Tagen wahrnehmbare Konferenzen statt, an denen auch die Vertreter der kommunistischen Landesorganisationen der Schweiz, Oesterreichs, Polens und Bulgariens teilnehmen.

*

Freitag nachmittag sind 62 der Sozialdemokratischen und 20 der Kommunistischen Partei angehörende Arbeiter, Angestellte und Gewerkschaftsbeamte auf Grund einer russischen Einladung nach Rußland gefahren.

*

„Politiken" meldet aus Oslo: Amundsen hat vor Pressevertretern seine Erklärungen wiederholt, daß er keinen Zeppelinflug nach dem Nordpol mitmachen werde. Das Zeppelinluftschiff sei als ungeeignet für die Polarexpedition abzulehnen. Außerdem denke er nicht daran, seine während des Krieges gegen Deutschland gerichteten Anschuldigungen öffentlich zu widerrufen.

*

Die „Bass. Nat.-Ztg." meldet aus Friedrichshafen: Gleichzeitig mit Amundsen hat auch die Internationale Studiengesellschaft zur Erforschung des Nordpols das Zeppelinluftschiff mit 105 000 Kubikmetern Gasinhalt abgelehnt.

*

Nach Telegrammen aus Guayaquil ist die Regierung von Ecuador durch eine militärische Revolution in Quito gestürzt worden.

*

Die japanischen Blätter berichten über eine angeblich gegen die Monarchie gerichtete Verschwörung, die im vergangenen Monat aufgedeckt worden ist. Gegen die beteiligten Personen werde in kurzer Zeit vor dem höchsten japanischen Gerichtshof verhandelt werden.

Die Parteikrippe für Zeigner.

Dresden, 11. Juli. Von der Sozialdemokratie Sachsens ist in Aussicht genommen, den unmittelbar vor seiner bedingten Entlassung aus dem Gefängnis stehenden früheren Ministerpräsidenten Zeigner in eine führende „Parteistellung" zu berufen, nachdem Zeigner die Pension abgesprochen worden ist. Dem Vernehmen zufolge kommt die Leitung der Ortskrankenkasse in Dresden, die eine sozialistische Mehrheit aufweist, für Zeigner in erster Linie in Frage.

Das Moskauer Fehlurteil.

W. T. B. teilt mit: Nachdem die Berichterstattung der Deutschen Botschaft Moskau nunmehr den amtlichen Stellen vorliegt, und Rechtsanwalt Dr. Freund von ihnen gehört worden ist, ergibt sich über den Moskauer Studenten-Prozeß folgendes Bild: Die Hauptbeschwerdepunkte, zu denen der Verlauf und das Ergebnis des Prozesses Veranlassung geben, liegen vor allem darin:

1. Bis zur Erhebung der Anklage sind alle Bemühungen der Deutschen Botschaft in Moskau, eine persönliche Besprechung mit den Angeklagten herbeizuführen, an dem Widerstand der Untersuchungsbehörde gescheitert.

2. Zwischen der Zustellung der Anklageschrift (19. Juni abends) und dem Termin der Hauptverhandlung (24. Juni abends) hat eine Frist von nur vier Tagen gelegen, eine Tatsache, die den Verdacht einer Sabotierung der Herbeischaffung von Beweismaterial nahelegt.

3. Der Umstand, daß die Bemühungen der Botschaft um Zulassung eines deutschen Anwalts als Verteidiger abgeschnitten worden sind.

4. Die offensichtliche Unglaubwürdigkeit der beiden Kronzeugen Baumann und von Ditmar und des sogenannten Sachverständigen Neumann.

Mögen auch manche der erwähnten prozessualen Beeinträchtigungen im sowjetrussischen Strafprozeßrecht einen Rückhalt finden, so bleibt doch der Eindruck bestehen, daß man auf seiten des Gerichts es an den für das Gerechtigkeitsgefühl notwendigen Bestrebungen hat fehlen lassen, den Angeklagten die Beibringung von Entlastungsmaterial zu ermöglichen. Es kommt hinzu, daß die Angaben der Kronzeugen, nach denen das Gericht die terroristischen Absichten der Angeklagten für erwiesen erachtet, wegen ihrer völligen Unglaubwürdigkeit nach keiner Richtung hin als Stützen des Urteils dienen können. Selbst bei Würdigung der in Moskau herrschenden psychologischen Atmosphäre sowie des vom Verhandlungsleiter in der „Prawda" zugegebenen Klassenkampfcharakters der sowjetrussischen Justiz, und wenn auch die Angeklagten sich gewisser Vergehen schuldig gemacht haben und das ihnen zur Last Gelegte nicht völlig zu entkräften vermochten, ist das Urteil doch als ausgesprochenes Fehlurteil zu betrachten.

Die Deutsche Regierung wird daher unter Hinweis auf die ernste Belastungsprobe, die die deutsch-russischen Beziehungen durch das Vorgehen der Sowjetbehörden erleiden, die Verhandlungen, die bereits schriftlich und mündlich in Berlin und Moskau mit der Sowjetregierung im Gange sind, in dem Sinne weiter betreiben, daß die Vollstreckung des Fehlurteils unterbleibt.

Abd el Krims Reich.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Paris, 10. Juli.

Das Rifgebiet ist jetzt infolge der Kämpfe der Franzosen mit Abd el Krim in aller Munde, aber genaue Angaben über seine wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sind weniger bekannt. Nachfolgend mögen einige Einzelheiten dem Verständnis der gegenwärtigen Ereignisse dienen.

Der sogenannte Rifblock umfaßt zwölf unterworfene Stämme der Berber, die sich unter der Führung Abd el Krims vereinigt haben, um ihr Gebiet gegen die Spanier und Franzosen zu verteidigen. Sie zählen insgesamt gegen 44 000 Krieger und zusammen 250 000 Einwohner. Hierzu kommen noch zwei andere Stämme, die zwar nicht Berber sind, aber sich der Bewegung Abd el Krims angeschlossen haben, die mit etwa 9000 Kriegern ihn verstärken.

Abd el Krim selber stammt aus einer Familie, die seit vielen Jahrhunderten eine führende Stelle eingenommen hat. Wenn er auch rechtlich betrachtet ein Rebell gegen die Oberhoheit des Sultans ist, so kommt er doch keineswegs, wie es manchmal behauptet worden ist, aus unteren Schichten. Er gehört vielmehr dem Uradel des Landes an.

Unter den zwölf, seinem Befehl untergeordneten Stämmen sind die Beni Said mit 4000 Kriegern und 24 000 Stammesangehörigen die bedeutendsten. Der kleinste Stamm umfaßt 1000 Krieger und 6000 Angehörige. Die Volksdichte des Rifgebietes beträgt ungefähr 40 Einwohner auf je einen Quadratkilometer.

Das Gebiet selbst enthält bedeutende Lagerungen an Eisen, deren jährliche Ausbeute ungefähr 450 000 Tonnen beträgt, aber noch ganz bedeutend gesteigert werden kann.

Das Tal des Uerga-Flusses im Süden, dicht an der Grenze des französischen Protektorates ist die Kornkammer des Landes, das äußerst unwirtlich ist. Es ist noch strittig, was eigentlich die französischen Kämpfe, die gegenwärtig im Gange sind, in Wirklichkeit veranlaßt hat, es fehlt aber auch in Frankreich selbst nicht an Stimmen, die nervöse Ursache dem Hinausschieben der französischen Grenze bis in dieses Uergatal zuschreiben, da sie durch Abd el Krim in seiner Versorgung bedroht wurde und folgerichtig die französischen Linien angreifen mußte. In friedlichen Zeiten wandert alljährlich eine Menge der Rifleute für die Erntezeit nach dem benachbarten Algier, um sich zu verdingen. Das hat jetzt aufgehört, was nicht zu unterschätzende Folgen für die algerische Landwirtschaft haben wird. In französischen Kreisen ist bereits der Gedanke aufgetaucht, Abd el Krim überhaupt radikal seine Versorgung abzuschneiden und ihn durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen.

Ueber die angeblichen oder wirklichen Beziehungen Abd el Krims mit dem Auslande wird in letzter Zeit sehr viel geredet und geschrieben, ohne daß man die Zuverlässigkeit dieser Angaben nachprüfen kann. Für Deutschland besonders bedeutungsvoll sind die folgenden, die — wenn sie vielleicht auch nicht zutreffend sein mögen — doch die Stimmung wiedergeben, mit der man die Lage auf französischer Seite betrachtet. Es wird soeben behauptet, daß das türkische Rote Kreuz bei Abd el Krim vertreten sei und lebhaft an der Versorgung mit Waffen und Munition beteiligt sei. Am 17. Juli sei in Konstantinopel ein außerordentlicher Kongreß einberufen worden mit der Tagesordnung: Stellung zur panislamitischen Bewegung und die Rifbewegung. Bisher seien 60 Millionen türkische Pfund abd el Krim zur Verfügung gestellt worden. Als erste der zahlreichen Untergruppen der panislamitischen Bewegung habe die Münchener Sektion die Unterstützung Abd el Krims organisiert und für mehr als 1,5 Goldmark Munition und Waffen (auf welche Weise?) und für mehr als zwei Millionen Goldmark Verbandszeug hinuntergeschickt. Von den weiteren Angaben über ausländische Unterstützung Abd el Krims ist ferner wichtig, daß angeblich der Reservehauptmann Tannenberg seinen Erkennungsdienst organisiert habe und ihn gegenwärtig noch leite. In Berlin selbst besitze Abd el Krim ein eigenes Büro, das von folgenden Personen geleitet würde: Nami Bey, türkischer Reserveoffizier und Präsident des türkischen Klubs in Berlin. Ferner ein gewisser Heidenberg, Mitglied des Bundes ehemaliger Frontkämpfer im Orient und ehemaliger Direktor der Firma Walter Berghaus in Konstantinopel. Drittens endlich Abd el Oulevi, ein Marokkaner, der lange in der Türkei gelebt hat und Korrespondent der arabischen Zeitung El Adi ist, die in Konstantinopel erscheint.

Auffällig an diesen französischen Tendenznachrichten ist, daß sie sich nicht nur etwa in der oppositionellen französischen Presse, sondern auch in linksstehenden Blättern finden und gerade keine Deutschfreundlichkeit verraten.

Was die Verteidigung der Riffküste betrifft, so wird sie, nach französischen Quellen, angeblich von einem deutschen Reserveoffizier, Heinrich geleitet, der während des Krieges in Erzerum gestanden und auch an den Dardanellen gekämpft habe. Neben ihm wirke ein Tartare, der ehemaliger Offizier der roten Armee in Rußland sei. Der Sitz der Küstenverteidigung ist in Ifni.

Soweit die bisherigen französisch-spanischen Verhandlungen in Madrid erkennen lassen, ist man auf spanischer Seite weit mehr als in [illegible]

reich zum Frieden geneigt und hat es gar nicht besonders eilig, neue militärische Operationen zu beginnen. Von spanischer Seite wird, nach den langjährigen Mißerfolgen, Abd el Krim weit mehr Unabhängigkeit eingeräumt werden als von den Franzosen, die sich unklugerweise von vornherein festgelegt haben, indem sie andauernd von dem aufrechtzuerhaltenden Prestige in Nordafrika sprechen.

Die Offensive Abd-el-Krims.

Paris, 11. Juli. Aus Fez wird gemeldet: Der Druck der Streitkräfte Abd-el-Krims im Süden des Ouergha-Tales hält an. In der Gegend von Kelaa Sleß wird die Ansammlung von Streitkräften beobachtet. Die Rifkabylen scheinen eine große Aktion gegen Fez vorzubereiten. Der Sultan hat die Stadt verlassen.

*

Paris, 11. Juli. Nach Mitteilungen aus zuverlässiger Quelle sind Abd-el-Krim noch keine Friedensvorschläge überreicht worden. Es verlautet, daß in den Friedensvorschlägen das Tal und die Ebene des Ouergha-Flusses von Abd-el-Krim zurück verlangt würden, daß sich also Abd-el-Krim hinter eine Demarkationslinie zurückziehen müsse. Dagegen sollen den Rifleuten Zugeständnisse für die Lebensmittelversorgung aus dieser Gegend gemacht werden. Schließlich wird die Anerkennung der Oberhoheit des Sultans gefordert, während die Autonomie den Rifleuten zugebilligt werden soll.

Kundgebungen gegen das Marokkounternehmen.

Nach Pariser Meldungen haben am Donnerstagabend Straßendemonstrationen in Paris, Lyon und Marseille gegen den Marokkofeldzug und die neuen Einberufungen stattgefunden. Der Lyoner „Progrès" meldet, daß in Lyon die Unruhen mehrere Stunden dauerten und den ganzen Geschäftsverkehr der Stadt am Nachmittag lahmlegten.

Die Lage in China.

Hongkong, 11. Juli. Nach einer Reutermeldung aus Kanton hat der Befehlshaber der chinesischen Kadetten in Whampoa einen Plan zur Eroberung von Schamien mit Hilfe russischer Flieger ausgearbeitet. Wie Reuter ferner erfährt, hat der französische Gesandte das ihm von den diplomatisch vertretenen Mächten übertragene Mandat mit dem chinesischen Ministerium des Aeußern über die Vorfälle in Schanghai zu verhandeln, niedergelegt.

*

Kanton, 11. Juli. Die Besatzung der Dampfer, die den Verkehr zwischen Honkong und Kanton vermitteln, haben die Arbeit niedergelegt, um den Verkehr zwischen beiden Städten zu unterbinden. Die Lebensmittelvorräte nehmen ab und die Preise steigen.

*

Das russische Luftgeschwader, das sich von Moskau nach Peking unterwegs befindet, geriet in der Mürwüste in einen starken Orkan. Eines der Flugzeuge mußte eine Notlandung vornehmen. Die übrigen Flugzeuge werden voraussichtlich Sonnabend Peking erreichen.

Empfänge beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing am Freitag den Vorstand des Deutschen Ostbundes, bestehend aus Geh. Oberregierungsrat v. Klin, Bundesdirektor Ginschel, Kommerzi nrat Berger, Geh. Regierungsrat Schmid, Ver altungsdirektor Scheffen, Rektor Schober und Frau Professor Hoetzsch zur Entgegennahme der Glückwünsche des Bundes zum Amtsantritt und eines Berichtes über die Arbeit des Ostbundes. — Ferner empfing der Reichspräsident als Vertretung der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands die Herren Generalmajor Graf von der Goltz, Generalleutnant a. D. v. Cramon, Reichstagsabgeordneten v. Goldacker, Professor Dr. Goerde-Brandenburg und Oberst a. D. Friedrich, die ihm die Glückwünsche der Verbände für seine Amtseinführung aussprachen. — Aus Anlaß der in Potsdam stattfindenden Hundertjahrfeier der alten Unteroffizierschule überreichte Generalleutnant v. Eberhardt mit einer Abordnung der Vereinigung ehm. Unteroffizierschüler den Reichspräsidenten eine Glückwunsch- und Dankadresse.

Berliner Brief.

Von unserer Berliner Vertretung.

Die Absendung der Sicherheitsnote hat sich infolge dringender Reisen der Reichsminister Luther und Schiele um einige Tage verschoben. Freitag konnte der Außenminister mehreren Mitgliedern der Volkspartei mitteilen, daß die nach den Beschlüssen des Kabinetts ausgearbeitete Antwortnote am Sonntag an das Reichskabinett zurückgelangen wird. Es ist anzunehmen, daß, da das Reichskabinett kaum nachträgliche Zusätze zu machen haben wird, spätestens Montag die Note nach Paris abgeht.

*

Die Unklarheiten der Zollvorlage sind auch nach der letzten sogenannten „Einigung" zwischen Reichskanzler und Regierungsparteien immer noch nicht behoben. Sonnabend setzt der Kanzler die Besprechung fort. Das Aussehen, das von dem Bericht auf Mindestzölle gemacht wird, ist unverdient. Denn der Rechten waren die Mindestzölle für Getreide ohnehin zu niedrig. Und die Demokraten und Sozialdemokraten verharren trotz dieses Entgegenkommens darauf, daß die Vorlage gründlich in ihren Einzelheiten werden müsse. Ein Ende der Reichstagdebatten bis Ende Juli erscheint auch heute ganz ausgeschlossen.

*

Die Reichsregierung hat einen neuen Schritt bei der Entente unternommen gegen die immer noch fortdauernde Beschränkung des deutschen Luftverkehrs im besetzten Gebiet. Wer heute die Luftverkehrkarte von Mitteleuropa überblickt, bekommt den Eindruck, eine Art Kriegskarte vor sich zu haben. Zwischen dem unbesetzten Deutschland und dem Westen, klafft eine tote Zone. Es erzeugt nicht Versöhnlichkeit, sondern Verbitterung im deutschen Volke, wenn ihm immer wieder vordemonstriert wird, daß ihm gegenüber der Antikläger zugleich der oberste Richter ist, gegen dessen Spruch es keine Berufung an eine unparteiische Schiedsinstanz gibt.

Die Arbeit der Ausschüsse.

Der Steuerausschuß des Reichstags beschäftigte sich Freitag mit der Hauszinssteuer. Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) beantragte, daß das Hauszinssteuergesetz am 31. März 1928 außer Kraft treten müsse. Die Weiterberatung wurde vertagt, ohne daß Beschlüsse gefaßt wurden.

Der Aufwertungsausschuß hat mit der Feststellung des Berichts über seine Beratungen zum Gesetz über die Ablösung von öffentlichen Anleihen seine Arbeiten abgeschlossen. Zu den Vorgängen an der Börse wurde nicht Stellung genommen.

Der bevölkerungspolitische Ausschuß begann die Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Von einer längeren allgemeinen Aussprache wurde abgesehen, weil der Ausschuß erst vor zwei Jahren in dreißig Sitzungen den Entwurf ausgiebig beraten hat. Im Herbst soll die Einzelberatung beginnen; bis dahin wird die Regierung die aus der Mitte des Ausschusses gewünschten Unterlagen beschaffen.

Der Kriegsbeschädigtenausschuß beschäftigte sich weiter mit dem Reichsversorgungsgesetz. § 46, nach dem die Elternrente 50 Proz. der Vollrente betragen soll, wurde unter Ablehnung eines weitergehenden kommunistischen Antrages unverändert angenommen ebenso § 62, der die Kürzungsbestimmungen enthält.

Der sozialpolitische Ausschuß verhandelte die Anträge, die sich mit der Neufestsetzung der Beiträge zur Angestelltenversicherung befassen. Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wurde die Regierungsvorlage angenommen; nur in der Klasse A, wo es sich um Angestellte mit 50 M. und weniger Gehalt und um Lehrlinge handelt, wurde beschlossen, daß der Arbeitgeber den ganzen Beitrag zu leisten hat. In allen übrigen Klassen bleibt es bei der bisherigen gleichmäßigen Verteilung. Ein Vertreter des Zentrums gab die Erklärung ab, das Zentrum halte daran fest, daß die Heraufrückung der Versicherungsgrenze auf 8400 M. auf einer Zufallsmehrheit des Ausschusses beruhe. Das Zentrum werde bei der zweiten Lesung den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wieder einbringen, wonach der Reichsarbeitsminister die Versicherungsgrenze festsetzen kann.

*

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages führte bei der Beratung des Handelsetats Handelsminister Dr. Schreiber u. a. aus: Der Einfluß Preußens auf das Reich bei gesetzgeberischer Arbeit tritt nicht immer genügend in die Erscheinung. In der Handelspolitik wird das preußische Handelsministerium sich beim Reich durchsetzen. Eine Verstaatlichung des Luftverkehrs ist nicht beabsichtigt. Trotzdem ist eine Einflußnahme auf die Einrichtung der Luftverkehrslinien sowie eine Beteiligung in Luftverkehrsunternehmungen, Flugschulen usw. unerläßlich.

Nachdem der Minister noch über Pläne der Staatsregierung geäußert hatte, notleidenden Gebieten und Gemeinden aus allgemeinen Staatsmitteln zu helfen, um diese Gebiete selbst wirtschaftlich lebensfähig zu gestalten, sprach er sich für eine grundsätzliche Aenderung der Politik der Umsatzsteuer und Einkommensteuer aus. Er teilte ferner mit, daß bei der Reichseisenbahn auf 139 000 aktive Beamte allein 230 000 Ruhestandsbeamte (!) kommen, daß für je 100 Mark Besoldung 37 Mark Ruhegehalt treten. Es sei zu erwägen, ob hier nicht das Reich im Interesse der Wirtschaft der Reichseisenbahn einen Teil dieser Last abnehmen müßte.

Politische Glossen.

Von der „Gewalt des Proletariats".

Im Moskauer Höchsten Gericht, in dem deutsche Studenten zum Tode verurteilt wurden, steht in Riesenbuchstaben der Ausspruch Lenins: „Der Richterstand ist das Organ der Gewalt des Proletariats". Nicht etwa Organ des Rechts und der Gerechtigkeit! Beileibe nicht! Denn russische Justiz steht jenseits von Gut und Böse, steht und fällt mit der Gewalt!

Bekanntlich hat die Sowjetgewalt die Todesstrafe abgeschafft und dies als eine Tat der Welterlösung gepriesen. Das hat diese Weltverlöser aber nicht daran gehindert, mehr als 1½ Millionen Menschen — nach eigenen Angaben — hinzurichten, zu ermorden und damit einen Weltrekord aufzustellen, der gewiß niemals geschlagen werden kann.

Im Augenblick braucht die russische Gewalt des Proletariats, so man in Moskau Recht nennt, für einen Schuldigen, den hartgesottenen Verbrecher „Willy" aus dem Tscheka"-Prozeß, drei Unschuldige. Also greift man drei deutsche Studenten, fängt sie, hängt sie, wenn — ja wenn der russische Verbrecher im deutschen Gefängnis nicht freigelassen wird.

Kein Wunder, daß die ehrenwerte Zunft der Verbrecher aller Völker in dem Bolschewismus seinen Schutzheiligen verehrt, der jederzeit bereit ist, Gut und Blut der anderen — für seine Anhänger zu opfern.

Alles in Ordnung!

Der polnische Abgeordnete Baczewski sagte im Preußischen Landtage, Deutschland habe 1914 die Brandfackel des Krieges in die Welt geschleudert. Präsident Bartels erklärte auf eine Anfrage, er habe keinen Anlaß gehabt, den Abgeordneten Baczewski zur Ordnung zu rufen.

Die Sache ist also, wie der Präsident des Preußischen Abgeordnetenhauses feststellt, vollkommen in Ordnung: Deutschland ist der Schuldige am Weltkriege und niemand anders!

Man stelle sich bitte einmal vor, ein Deutscher hätte in der französischen Kammer gesagt, Frankreich sei der Schuldige an dem großen Völker-Blutvergießen, womit übrigens nur die Wahrheit ausgesprochen worden wäre!? Recht muß Recht bleiben, wenn es — gegen Deutschland geht!

Moralische Eroberungen.

In Hilversum in Holland fand ein internationales „hyppisches Sportfest" statt. Auch Deutsche dabei! Und so flaggten die Holländer von allen Häusern hoch vom Dachstein Schwarz-Weiß-Rot.

Darob helle Empörung! Nicht etwa bei dem Reichsbanner im teuren Vaterland, sondern bei der kommunistischen Fraktion im Gemeinderat von Hilversum. Es muß doch ein großes und gewaltiges Land gewesen sein, das schwarz-weiß-rote Vaterland, dessen Farben man fürchtet wie den Teufel! Das neue Deutschland aber macht moralische Eroberungen, auf die man nicht gerade stolz sein kann.

„Tu, was Deutschen gegenüber üblich ist!"

Die München-Augsburger-Maschinen-Fabrik erhielt von der Londoner Zeitschrift „Marine Engineer and Motorship Builder" einen Schreibebrief, echt englisch, in dem es am Schlusse hieß:

„Wollen Sie gefälligst jetzt und für Zukunft alle Mitteilung in französischer oder englischer Sprache senden, wenn Sie eine Beachtung Ihrer Wünsche erreichen wollen."

Das deutsche Anschreiben der Maschinenfabrik lag zerrissen der echt englischen Antwort bei und auf der Rückseite des zerrissenen deutschen Briefes stand: „do usual to Germans!". Soll heißen: „Tu, was Deutschen gegenüber üblich ist!"

Das sind nun die Leute, die uns gegenüber Frankreich helfen sollen! Wir nehmen an, daß jede deutsche Firma, die Verbindungen mit der Auslandspresse unterhält, ihren Zeitungskatalog zur Hand nimmt und dort, wo der Name dieses englischen Blattes gedruckt steht, einen so großen und dicken Strich macht, daß niemand den Namen mehr zu lesen vermag und daneben soll man schreiben: „Gilt, bis die Engländer vernünftig werden!" Vielleicht erleben wir das nicht mehr! Aber gelten muß bei uns der Grundsatz: „Tu, was Flegeln gegenüber üblich ist!"

DUNLOP
CORD
Schwarz der Reifen —
Hell die Freude
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Was sich Berlin erzählt.

Dienstbotenwechsel. — Hedwig im Lunapark. — Urlaub für die Hausfrau. — Vom Nicht-denken-müssen. — Potsdamer Rundfahrt. — Das Schwein in der Mehrzahl.

Unsere Minna ist weg. Ihre Schwester hat im vorigen Jahre geheiratet; und da mußte Minna nun zur Wochenpflege hin. Ein Dienstbotenwechsel in Berlin ist heute nicht schwierig, denn das Angebot ist groß, die Hausfrauen brauchen auch nicht mehr bei der Vermittlerin herumzustehen, sondern bekommen die Mädchen zur Auswahl ins Haus geschickt; das ist auch ein Anzeichen der sinkenden wirtschaftlichen Konjunktur.

Also nun ist die dralle junge Hedwig bei uns eingezogen, frische schlesische Importe. Ueberhaupt die die meisten Berliner sind ja bekanntlich Breslauer. Dabei ist die Hedwig blitzsauber angezogen und ein großes Kind, das man familiär behandeln kann. Wir machen es zwar nicht so, wie der Hamburger Rechtsanwalt und frühere Reichstagsabgeordnete, der seine Dienstboten in altpatriarchalischer Art bei Tisch mit allen Angehörigen mitessen läßt; das empfiehlt sich für breite Teile nicht, am allerwenigsten danken es einem die Dienstboten, die sich dann unfrei und gedrückt fühlen. Vor dem Kriege, wo man einen Dienerburschen und zwei Mädchen hatte, trat man einander nicht so nahe wie jetzt, wo wir auf nur ein Mädchen für Alles im nach wie vor großen Haushalt angewiesen sind, und da wird denn auch die Hedwig — wie schon ihre Vorgängerinnen seit zehn Jahren — ein wenig unter die Fittiche genommen und gelegentlich auch ausgeführt, damit sie nicht auf das sonst einzige Dienstboten-Vergnügen angewiesen ist, das Tiere Waldorf mit der Frage bestigt: „Warum soll er denn mit ihr nich vor de Türe stehn?" Also das Mädchen, das noch nie ein Feuerwerk gesehen, nie ein Konzert gehört, nie Eis gegessen, nie eine Droschke benutzt hat, tut jetzt zum ersten Male unter sorgsamer Hut einen Blick in städtisches Vergnügen. Wir sind — sie, ich, die beiden Primaner, die übrigens die „entwürdigende" Zumutung am liebsten abgelehnt hätten — im Lunapark, abwechselnd der eine und der andere der beiden Jungen muß mit Hedwig in eine der Attraktionen hinein, das große Gerüttel und Umstülpen auf Schimmytreppe, Wassertuschbahn, eisernem See, Hexenkessel beginnt. Zuerst die Berg- und Talbahn, Hut, wie das hinauf und wieder in die Tiefen saust! „Na, wie wa'rs?", fragte ich nachher unsere Donna. Und sie antwortet ehrlich: „Wenn es so losgeht, da fallen einem alle seine Sünden ein." Daheim aber erzählt die Hedwig ganz begeistert von ihren Erlebnissen und meist treuherzig, sie wisse gar nicht, wodurch sie das verdient habe. Kommt noch, kommt noch. Wir wollen doch auch einmal, wieder im August, verreisen, und wenn man dann eine fröhlich-dankbare Hüterin des Hauses daheim weiß, fährt man mit erleichtertem Herzen und spart die Prämie gegen Einbruchdiebstahl.

Das große Aufatmen für viele Hausfrauen des gebildeten Mittelstandes hat ja nun begonnen. Das ist doch auf Reisen oder in der Sommerfrische (falls nicht „eigene Wirtschaft" geführt wird) das schönste, das Nicht-denken-müssen. Nämlich darüber nachdenken, was zu Mittag gekocht werden soll. Wer es irgend kann, sollte gerade diese Erholung seiner Frau gönnen, lieber dafür etliche Tage weniger Ferien machen. Nicht denken müssen! Manchmal, wenn die Frau morgens — oder schon abends vorher — denkt und rechnet und dabei auch Vaters Geschmack oder Tantchens Magennerven berücksichtigen muß, fragt sie schlöchtern, was es geben solle. Na, Kalbskotelett, sagt der Mann leichthin. „So, also Kalbskotelett? Habt ihr Männer eine Ahnung! Kalbskotelett — noch dazu morgen, wo die Waschfrau und die Schneiderin im Hause sind! Warum nicht gleich Huhn à la Stanley? Dann wäre ich mit dem Wirtschaftsgeld sehr schnell zu Ende." Also dann „falschen Hasen", sagt lächelnd der Mann. „Haben wir doch erst gestern gehabt! Und was meinst du, wieviel frische Mohrrüben dazu vertilgt werden? Wo das Gemüse jetzt wieder teurer geworden ist! Und was für einen Pudding denn? Am Ende wie Sonntag, Erdbeersuiz mit Sahne?" Ja, man hat es nicht leicht. Ein paar Wochen Nicht-denken-müssen ist dann mehr Erfrischung, als Kurzeln oder Baden oder Waldspaziergang.

Gott und den einsichtigen Männern sei Dank: die Zahl derer, die Ferien mit Eigenwirtschaft machen, geht zurück. Die Hausfrauen, die das Jahr über nicht einmal einen Sonntag haben, sondern dann wie der Pastor, verdoppelte Arbeit für doppelte Ansprüche, bekreuzigen sich insgeheim vor Ferien, die nur eine Ortsveränderung sind. Und sie sind froh, wenn sie schon in Berlin einen Vorschuß auf die Sorgenlosigkeit bekommen und hier einmal für einen ganzen Tag die Küche schließen können. Es gibt diesmal weniger Ferienreisende, als die Reichsbahn erwartet hatte; aber Tagesausflüge auf dem Wasser mit Verpflegung an Bord werden von den Berlinern immer häufiger unternommen.

Man wundert sich, wenn man morgens um ½11 Uhr Unter den Linden eines der riesigen Elite-Rundfahrt-Autos besteigt, wieviel Berliner neben den Deutschen aus dem Reiche und den paar Ausländern um einen sitzen. Die hören dann schmunzelnd die Erklärungen des Führers an: hier das Brandenburger Tor, das da der Rosengarten, dort die Charlottenburger Brücke. Und wenn in der stets folgenden englischen Uebersetzung die Döberitzer Heerstraße den Amerikanern nicht als army street, sondern als hair street vorgestellt wird, hat man noch seinen besonderen Spaß. In 25 Minuten prachtvoller Fahrt ist man an der Havel bei Pichelsdorf, geht auf eines der Elite-Motorschiffe und wird dort von der Mitropa ganz wie in den Speisewagen betreut, hat sein vortreffliches Essen ohne Weitzwang an gut gedeckten Tischen und ist in frischer Luft und schöner, belebter Umgebung während der Fahrt am ganzen Tage. Die einen machen die Tour nach Potsdam, sehen sich Sanssouci an, dann die Garnisonkirche mit der Gruft Friedrichs des Großen, schließlich das Neue Palais mit seinen Prachtsälen.

Während die einen, wie gesagt, Potsdam aufsuchen, machen die anderen, die mehr Erholung, weniger Besichtigung wünschen, einen weiteren Ausflug. Das Ziel wechselt allmonatlich. In den Ferien werden auch wochentags solche Fahrten gemacht, — aus der lärmvollen Großstadt in den tiefen, tiefen Frieden, noch weit über das Sportgewimmel hinaus, wo die Mark Brandenburg ganz still wird und nur noch Menschen mit dem Blick Theodor Fontanes ihr Köstlichstes enthüllt. So sind wir am Sonntag bis zum Gutshof Paretz gefahren, dem Schloß „Still-im-Land" der Königin Luise, in dem keiner der üblichen Kastellane die Erklärungen herunterplärrt, sondern ein Mann von gesellschaftlicher Kultur, der das Anwesen verwaltet, einen herumführt wie ein freundlicher Hausherr. Man möchte alles das streicheln, was man da sieht, diese bescheidenen Möbel mit Kattunüberzug und die vielen einfachen Stiche an den Wänden, den kleinen Schreibtisch, die Spielkanone des Prinzen Wilhelm (des nachmaligen ersten deutschen Kaisers) und sein winziges Zimmerchen, das er schon im Sommer 1797 als Biermonatlicher besaß, und schließlich — das zerfranste große Billard, von dem ich allerdings nicht weiß, ob schon die Königin Luise darauf gespielt hat; die Banden sind natürlich nicht aus Kautschuk, den man damals noch nicht kannte, sondern aus Filz. Hier ist ganz ländliche Stille. Die Aeltesten im Dorf bewahren noch die Erinnerung daran, was ihre Großväter ihnen einst erzählt, wie die als kleine Kinder den König und die Königin sahen: ganz als Menschen, ohne höfische Etikette, gegenseitig ohne jede Scheu. Wie da Friedrich Wilhem III. aus einem Körbchen, das mit Pflaumen und Weintrauben gefüllt war, einem kleinen Dorfbuben ein paar Pflaumen anbot und die verächtliche Antwort erhielt: „Nee, Plummen hebben wi alleen to Huus: wenn't noch an Wiendrup wär!"

Leider sind auch Berliner ohne geschichtlichen Sinn, Berliner ganz von heute, auf solchen Ausflügen nicht zu umgehen. Unser Führer hat uns das Stübchen Alexanders v. Humboldt gezeigt und weist uns nun das Schreibzimmer der Königin. „Was for' ne Königin?" fragt mit seinem dümmsten Gesicht solch ein Berliner. Ich werde nie den gequälten Blick des Führers vergessen.

Für den Rheinlaim und die Rindslende an Bord des Motorschiffes hatten diese Leute mehr Verständnis. Dabei muß ich an das Wort eines einfallreichen süddeutschen Abgeordneten denken, der mir neulich sagte: „In Berlin ist das Schwein immer in der Mehrzahl!" Wieso, wieso? Nun, sehr einfach: in Süddeutschland sagt man korrekt Schweinskotelett, Schweinsbraten, auf Berliner Speisekarten aber steht ständig: Schweinekotelett, Schweinebraten. Im Reichstag haben neulich die Kellner verlucht, gutes Deutsch einzuführen. Es gab kein Filet mehr, sondern nur noch Lende, und so ging es die ganze Speisekarte hindurch. Aber die Herren Abgeordneten beschwerten sich, das verstünde ja kein Mensch, und so mußte schließlich wieder das verballhornte Französisch und Englisch gedruckt werden. Die Herrschaften brauchen nicht mehr nachzudenken, was „Gebratenes Wiegefleisch" ist, sondern brüllen allesfeia: „Herr Ober, ein deutsch Büffschtick!"

Rumpelkitschen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250712018/fragment/page=0002